

Kommission erteilt Gripen Startfreigabe

Der schwedische Kampffjet

Gripen stand gestern erneut auf dem Prüfstand. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats befürwortete den Kauf mit 14 zu 9 Stimmen. Das Rüstungsgeschäft geht nun zurück ins Parlament.

VON LÉA WERTHEIMER

BERN Der Entscheid war mit Spannung erwartet worden: Würde der schwedische Kampffjet in der Schweiz frühzeitig abstürzen? In den vergangenen zwei Tagen tagte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SIK) und prüfte das Geschäft erneut auf Herz und Nieren. Bundesrat Ueli Maurer trat mit einem kleinen Heer von Experten vor die Parlamentarier. Etliche Anträge gingen ein. Sie hatten verschiedene Ziele: Da gab es den Antrag des St. Galler FDP-Nationalrates Walter Müller. Er wollte nachträglich eingereichte Offerten der unterlegenen Hersteller Dassault und EADS prüfen lassen. Oder der Vorschlag des Luzerner Grünliberalen Roland Fischer. Er forderte ein Gesamtkonzept zur Luftwaffe. Beide wurden knapp abgelehnt.

Linke geschlossen

Und da war SVP-Mann Thomas Hurter, Vizepräsident der Kommission und Militärpilot. Ihm reichten die Risikoabsicherungen nicht. Während Monaten hatte er mit seiner Subkommission Papiere und Evaluationsbericht durchleuchtet und den «eigenen» Bundesrat kritisiert. Doch allem Widerstand zum Trotz nahm der Gripen gestern eine weitere Hürde: Die SIK befürwortete den Kauf der 22 Kampffjets mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Ein überraschend klares Resultat. Die Linken und die Grünliberalen hatten von Beginn weg angekündigt, den Gripen zu bekämpfen. Sie sind grundsätzlich gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge und stimmten geschlossen gegen den Jet. Die zwei Enthaltungen hingegen kommen aus dem bürgerlichen Lager. So enthielten sich Walter Müller und der Solothurner Roland Borer (SVP).

Verdienst der Kommission

Inwieweit die von der SIK aufgestellten Bedingungen erfüllt worden sind, ist umstritten. Die Befürworter sind der Ansicht, dass Bundesrat Maurer und seine Unterhändler die wichtigsten Forderungen erfüllt hätten. Anders sehen es die Gegner, etwa Kommissionspräsidentin Chantal Galadé. Sie stellen dem Verteidigungs-



Noch hat der Gripen einen weiten Weg vor sich. Am Schluss wird das Volk über den Kauf entscheiden.

Bild Key

minister nach wie vor ein «Ungenügen» aus.

Im vergangenen April hatte die Kommission gefordert, dass die Anzahlung an Schweden maximal 15 Prozent des Kaufpreises betragen

dürfe. Schweden hatte zunächst auf 67 Prozent gepocht. Am Ende einigten sich die Vertragsparteien auf 40 Prozent. Ein Verdienst der Kommission, so Hurter, weil man sich auf die Hinterbeine gestellt habe (siehe

dazu auch Interview auf dieser Seite). Dass die Schweiz hart verhandelt habe, bestätigt auch der schwedische Botschafter Per Thöresson. «Die Verhandlungen dauerten bis Mitte August», sagt er. Und bestätigt, dass

dank der unerbittlichen Position der Parlamentarier Schweden Konzessionen gemacht habe. «Es ist nicht üblich, dass solche Garantien in einem Staatsvertrag verankert sind», führte Thöresson aus.

Nachgefragt Thomas Hurter

«Ich kann mit diesem Entscheid leben»



Thomas Hurter
Nationalrat
(SVP/SH)

Thomas Hurter, Sie sind ein scharfer Kritiker des Gripen. Können Sie nach den neuen Informationen dem Kauf des Kampffjets trotzdem zustimmen?

Thomas Hurter: Ich kann im Moment mit diesem Entscheid leben. Mit dem Druck, den wir durch den Bericht der Subkommission und die Kritik in den vergangenen Monaten erzeugt haben, bewirkten wir eindeutig eine Verbesserung des Vertrages. Das hat uns auch der Bundesrat bestätigt.

Was war ausschlaggebend, dass Sie jetzt Ja sagen können?

Hurter: Wir haben auf Antrag von mir einen finanziellen Rückbehalt pro Flugzeug, falls es zu spät geliefert wird oder technische Mängel hat. Zudem halten wir Geld zurück bis zum Abschluss des Projektes 2024. Und wir haben eine Kündigungsmöglichkeit des Gesamtvertrages, falls die Leistungen oder die Auslieferung nicht stimmen. Und schliesslich haben wir eine Reduktion der Anzahlung erreicht.

Diese fällt aber tiefer aus als von Ihnen gefordert.

Hurter: Ich wusste, dass meine Forderung zu tief lag. Aber diejenige der Schweden war viel zu hoch. Ich gebe zu, ich habe nicht alles erreicht. Aber zum Schluss ist es eine Güterabwägung. Mit diesen Nachbesserungen haben wir genügend Druck, damit nun auch gut gearbeitet wird.

Punkto Konventionalstrafe verlässt sich die SIK auf die Aussage eines einzelnen Mitarbeiters von Armasuisse, der nur etwa 15 Prozent des Vertrags gesehen hat.

Hurter: Aber mit dem Rückbehalt und der Kündigungsmöglichkeit hat man klare Sanktionsmöglichkeiten. Dass überhaupt jemand Einblick in diesen Vertrag zwischen Schweden und Saab nehmen konnte, war ein Erfolg des Drucks der Subkommission. Für mich war entscheidend, dass diese Person die Schlüsselstellen des Vertrags gesehen hat.

Der Antrag, nochmals alle Alternativen zum Gripen zu prüfen, ist nur ganz knapp gescheitert. Ist sich die Kommission beim Gripen doch nicht sicher?

Hurter: Doch, eine Mehrheit der Kommission wollte sich nicht auf eine komplette Neubeurteilung einlassen. Klar

ist, dass die Linke, welche die Kampffjetbeschaffung grundsätzlich ablehnt, auf einen solchen Antrag aufspringt.

Aber ein eigenartiges Signal ist es schon?

Hurter: Das ist so. Aber ich gehe davon aus, dass die Mehrheit gegen diesen Antrag im Nationalrat deutlicher sein wird. Dort ist eher die Lösung der Schuldenbremse der Knackpunkt.

Sie sind also überzeugt, dass die Schweiz mit dem Gripen das richtige Flugzeug kauft?

Hurter: Ich kann mit diesem Entscheid nach der jetzigen Verbesserung leben. Es zeigt mir aber auch, dass man dieses Projekt auch in Zukunft sehr eng begleiten muss. Und wir müssen den Verantwortlichen aufzeigen: Wenn es nicht funktioniert, werden wir die Notbremse ziehen.

Interview Sidonia Küpfer

ANZEIGE

Die sozialistische 1:12-Initiative eliminiert Stellen im Tieflohnbereich und vertreibt Arbeitsplätze mit hohem Einkommen ins Ausland. Damit verursacht sie **riesige Steuerausfälle.**

Die radikale Initiative der JUSO (Abstimmung vom 24. November) **schadet der Schweiz!**

10 Prozent der Steuerzahlenden mit den höchsten Einkommen bezahlen über 75 Prozent der direkten Bundessteuern. Das sind mehr als 7 Milliarden Franken pro Jahr.

sgv@usam

Schweizerischer Gewerbeverband, www.1-12-nein.ch

**NEIN
ZU 1:12**